



Rede von

Guido van den Berg MdL
Kreisvorsitzender der SPD Rhein-Erft

„Was ist staatspolitische Verantwortung?“

auf dem
SPD-Kreisparteitag

am 25. November 2017
in der Aula des Albert-Schweitzer-Gymnasiums
in Hürth

- Es gilt das gesprochen Wort. -

www.guido-vandenbergh.de

Verehrte Gäste des Parteitags,
liebe Genossinnen und Genossen,

Michael Kleofasz hat eine umfangreiche Begrüßung vorgenommen. Bitte lasst sie mich trotzdem noch um zwei Personen ergänzen.

Zum einen, um unseren ehemaligen Parteisekretär Kurt Bröhl. Lieber Kurt, es ist schön, dass Du heute hier bist. Und ich weiß, dass Du nachher noch eine besondere Überraschung für uns hast.

Zum anderen will ich Dirk Nobis begrüßen, der heute sein Parteibuch bekommen wird. Wir waren in 2017 bei Wahlen leider nicht erfolgreich. Aber wir haben in diesem Jahr sehr, sehr viele neue und junge Mitglieder bekommen. Stellvertretend für alle, die heute das erste Mal dabei sind, heiße ich Dirk in der SPD willkommen.

Ja, die Diskussion in der SPD zur Bundespolitik ist intensiv. Ich habe die letzten Tage dazu viel Post bekommen. Ich will Euch zwei Mails vorlesen, die ich bekommen habe.

Die erste ist von einem 81-jährigen Genossen aus Brühl, der seit 47 Jahre SPD-Mitglied ist:

„Um Gottes willen keine Große Koalition mehr!!! Wenn das Präsidium meint, man müsse aus staatspolitischer Verantwortung heraus trotzdem eine Große Koalition eingehen, dann soll die SPD sich nicht wundern, wenn sie in 10 Jahren an der 5%-Klausel scheitert.“

Die zweite ist von einem Bürger aus Pulheim-Stommeln:

„Ich finde es nicht richtig, dass sich die SPD sich nicht mehr an der Regierung beteiligen will. Ich bin schon immer SPD Wähler und habe dieses Jahr wieder Sie und SPD gewählt. (...) Was kann man in der Opposition bewegen? Nichts.“

Das zeigt die Bandbreite unserer Diskussion.

Doch bevor ich darauf eingehe, will ich eines nicht versäumen, was leider zu kurz zu kommen droht. Ich will Ute Meiers und Dierk Timm für einen unglaublich engagierten und starken Wahlkampf danken. Hausbesuche. Frühaktionen. Rund-um-die-Uhr im Einsatz. Ihr habt wahrlich gekämpft und wir sind Euch dankbar.

Das Ergebnis war trotzdem eindeutig: Die große Koalition wurde abgewählt. Und es war richtig, dass wir das Wahlergebnis nicht uminterpretiert haben. Und ganz klar wir haben damit auch staatspolitische Verantwortung übernommen. Es ist typisch, dass

die CDU, staatspolitische Verantwortung nur im Regieren sieht. Wir aber wissen, auch die Opposition gehört zur Demokratie und zur staatspolitischen Verantwortung.

Ihr wisst, dass ich mich Franz Müntefering verbunden fühle, der mal gesagt hat: „Opposition ist Mist“. Aber der Satz ging weiter: „Lasst das die Anderen machen“ hat Franz gesagt. Und wenn nun „die Anderen“ plötzlich die Rechtspopulisten sind, geht es in der Tat um Verantwortung für unseren Staat. Wollen wir Gauland als Oppositionsführer im Bundestag? Wollen wir, dass die nach der Bundeskanzlerin oder dem Bundeskanzler im Parlament reden? Wollen wir, dass die AfD den Vorsitz im Haushaltsausschuss des Parlaments bekommt?

Wir brauchen beim Thema staatspolitische Verantwortung keine Belehrungen.

Vor 99 Jahren haben wir die Demokratie aufgebaut, als sich die bürgerlichen und konservativen Kräfte in die Büsche geschlagen haben als der erste Weltkrieg verloren ging. Sie waren nie bereit zu ihrer Verantwortung zu stehen. Wir haben diese mit Friedrich Ebert übernommen.

Vor 84 Jahren waren es nur die Sozialdemokraten, die Hitler im Reichstag beim Ermächtigungsgesetz die Stirn geboten haben. Es war Otto Wels, der Auge-in-Auge im Reichstag dem Menschenverächter Hitler unsere Ablehnung erklärt hat. Liberale und Zentrum haben mit Hitler gestimmt. Das Nein der SPD war nicht nur ein Denkmal für die SPD, sondern vor allem Ehrenrettung für die deutsche Demokratiegeschichte. Das ist staatspolitische Verantwortung.

Und vor 68 Jahren, als die SPD in der DDR von den Kommunisten aufgelöst wurden, vergessen wir auch nicht. CDU und Liberale sind Blockparteien in der sozialistischen Einheitsfront gewesen. Nach der Wende sind CDU und FDP in deren Geschäftsstellen eingezogen, haben Vermögen und Mitglieder übernommen. Wir haben unsere Partei neu begründen müssen.

Also bitte keine Belehrungen zu staatspolitischer Verantwortung! Der Staat ist mehr als nur die Regierung. Der CDU reicht stets die Macht und ein Versprechen der Stabilität. Uns hat nie das Regieren als Selbstzweck gereicht. Die SPD hat immer Verantwortung übernommen für unsere Demokratie.

Nun ist eine neue Lage entstanden. Die Jamaika-Verhandlungen sind gescheitert. Ich gebe zu, dass auch ich geglaubt habe, die werden sich schon zusammenraufen. Wenn man Herrn Özdemir im Fernsehen gesehen hat, war ja spürbar wie geil der Herr auf einen Minister-Dienstwagen ist. Dann war aber auch erkennbar, dass Frau Dr. Merkel erkennbar ohne Plan und ohne irgendeine Orientierung unterwegs ist. Ihr Politik-Modell ist am Ende.

Und ob man jetzt einfach nur auf die FDP schauen sollte, weiß ich nicht. Schließlich ist klar geworden, dass die CDU bereit war, die Braunkohle komplett zu opfern. Das

Eingeständnis für die Grünen 7 Gigawatt abzuschalten, hätte den Strukturbruch bedeutet. Man hätte sowohl in der Lausitz wie auch im Rheinischen Revier einfach den Stecker gezogen. Und wir haben gemerkt, dass die CDU hier bei uns geschwiegen hat. Kein Ton. Weder von den gewählten Abgeordneten noch vom Landrat. Entweder denen ist die Sache im Kern egal oder sie haben letztlich doch keinen Einfluss.

Klar ist, wir stehen vor einem tiefgreifenden Wandel. Aber wir wollen, dass er sozial verantwortlich gestaltet wird. Wir wollen nicht, dass die Beschäftigten ins Bergfreie fallen. Das war auch der Grund, warum sich Dagmar Andres, Brigitte Dmoch-Schweren und ich uns hier so engagiert haben. In der Lausitz sind mehrere Bundestagswahlkreise jetzt direkt an die AfD gegangen. Das ist bei uns glücklicherweise anders. Aber das war auch Arbeit.

Dagmar Andres, Brigitte Dmoch-Schweren und ich haben da wirklich viel Vertrauensarbeit gemacht. Aber wir haben gleichzeitig auch konkret am Wandel gearbeitet. Wir haben das virtuelle Kraftwerk in Heppendorf auf den Weg gebracht und uns massiv für Fördermittel stark gemacht. Wir haben den Uni Lehrstuhl für moderne Kohlenstoff-Chemie hinbekommen. Da mussten wir an vielen Fronten werben. Und schließlich ist die Stiftungsprofessur gelungen mit Außenstelle in Niederaußem. Wir haben konkret an den über 80 Projekten der Innovationsregion Rheinisches Revier gearbeitet. Das ist kleinteilig, viel Arbeit, aber sehr konkret. Genauso wie unsere Arbeit für den S-Bahn Ausbau. Als Dierk Timm und ich den Plan vor einigen Jahren vorgestellt hatten, haben ganz viele nicht daran geglaubt. Wir haben konkret daran gearbeitet. Wir haben nicht losgelassen. Jetzt ist das Ergebnis greifbar. Und dann kommen natürlich ganz viele, die jetzt noch Eltern des Projektes gewesen sein wollen. So ist das eben.

Natürlich hat mich der irritierende Beschluss der Bundespartei von Montag, der so aussah, als ob wir mit niemandem reden wollen, auch geärgert. Ich will aber nicht so tun, als ob das Martin alleine zu verantworten hat. Es war ein Parteivorstandbeschluss. Rund 40 Leute sitzen in dem Gremium. Ministerpräsidenten und Leute, die sich für klug halten.

Klüger wäre es gewesen, endlich mal wieder über das zu sprechen, was uns inhaltlich wichtig ist. Wir müssen Inhalte ins Zentrum stellen. Für das Regieren der SPD ist entscheidend, dass Schluss gemacht wird mit sachgrundloser Befristung, dass ausufernde Leih- und Zeitarbeit eingedämmt wird, dass die Parität bei der Krankenversicherung wieder eingeführt wird, dass die Zwei-Klassen-Medizin aufhört, dass wir eine Bürgerversicherung bekommen, dass wir gleiche Löhne für Männer und Frauen bekommen, dass es eine Mindestrente gibt und dass endlich mehr Geld für die Pflege bereitsteht. Das und noch mehr, darüber müssen wir jetzt reden.

Und dann lese ich heute Morgen im Kölner Stadt Anzeiger, dass Herr Laschet erklärt, dass wir jetzt mit 20% keine Bedingungen stellen dürften. Lieber Herr Laschet, es

waren Frau Dr. Merkel und Sie, die diese Republik jetzt 8 Wochen haben warten lassen mit ihrer gescheiterten, aber selbsterklärten Lieblings-Koalition. 8 Wochen lang Balkonbilder. Und dann haben Sie das Ding vor die Wand gesetzt. Sorry, es gibt keinen Grund, dass die SPD jetzt in 48 Stunden springen muss. Und ziehen Sie sich warm an, Herr Laschet: Uns geht es um Inhalte!

Uns geht es auch im Rhein-Erft-Kreis um Inhalte. Es ist ein Skandal, dass Schwarz-Gelb in NRW jetzt das Sozialticket abschaffen. Das trifft die Ärmsten. Es sind gerade Diakonie und Caritas, die warnen, dass man so keine Mobilität für Langzeitarbeitslose schafft, denen man sonst immer sagt, sie sollten mobiler werden. Das Urteil ist eindeutig: Diese Politik von Mitte-Rechts ist unchristlich. Im Rhein-Erft-Kreis geht es ihnen nur um Pöstchen. Sie sehen nur Geschäftsführerposten. Sei es bei einer Kreisbusgesellschaft oder bei einem kommunalen Jobcenter. Ob das mit den Bussen in so kurzer Zeit funktionieren kann, interessiert sie nicht. Ob der Arbeitsmarkt regional ist und auch solche Vermittlungen braucht, spielt keine Rolle.

Man erkennt auch nicht, dass jetzt die Chance bestünde, mit der RVK den Rhein-Erft-Kreis zu einem Kreis mit emissionsfreien Wasserstoff-Bussen zu machen. Die RVK ist da jetzt richtig im Geschäft und bekommt große Fördermittel. Wir sind Vorreiter in Hürth und Brühl. Aber das wirkliche Ausrollen soll jetzt ohne den Rhein-Erft-Kreis stattfinden. Jamaika im Kreis will nur irgendwelche Diesel-Busse. Armselig.

Wir bringen die Ideen. Und wir setzen sie auch um. In Bedburg entsteht jetzt wirklich eine neue Stadt. Ein Riesenlob an Sascha Solbach und die Genossinnen und Genossen dort.

Und wir kümmern uns um Themen wie das Schwimmen-Können im Kreis. Wir wollen mit DLRG, mit Kreissportbund, vielen Vereinen, Grundschulen aber auch mehr Sensibilisierung dafür vorankommen. Die Maßnahmen zu Verbesserung sind vielfältig. Anfang des Jahres wurden sie von der CDU alle im Kreistag niedergestimmt. Dann eine Woche vor dem CDU-Kreisparteitag erkennt der neue CDU-Parteichef das Thema und sagt, es müsse besser werden. Mit Verlaub, er hatte im Kreistag bereits Gelegenheit sich mit der Sache zu beschäftigen, statt nur dagegen zu sein. Aber gut, dass die CDU jetzt wenigstens auftaucht.

Liebe Genossinnen und Genossen, die SPD steht dafür, das Leben Stück für Stück ein bisschen besser zu machen. Wir sind für diese Demokratie erfolgreich und verantwortlich – auch wenn wir nicht immer regieren. Für uns sind Inhalte entscheidend. Für uns gilt der Satz von Hannah Arendt: Politik ist angewandte Liebe zum Leben. Andere sind da anders. Aber das ist deren Sache.

Ich Danke für die Aufmerksamkeit!